

Newsletter 33

Januar 22



IN DIESEM NEWSLETTER

Präambel zum Punkt V des Koalitionsvertrages	2
Interview Nils Hansen, SPD	3
Interview Ivy May Müller, Die Grünen	4
Interview Anna von Treuenfels-Frowein, FDP	5
Interview Birgit Stöver CDU	6
Interview Sabine Boeddinghaus, Die Linke	7
Mitgliederversammlung mit Wahlen	8

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

wir hoffen, dass Sie gut ins neue Jahr gekommen sind, das nun so ungewiss beginnt, wie das Alte endete. Wir wünschen Ihnen trotz allem ein gutes Jahr 2022!

Der Abschnitt zur Bildungspolitik des Koalitionsvertrages hat uns gereizt, mit den bildungspolitischen Sprecher*innen der Hamburger Bürgerschaftsfraktionen Interviews zu führen.

Die Gespräche haben wir in drei Kernthemen gegliedert und anschließend in Absprachen mit unseren Interviewpartner*innen zusammengefasst. Darüber hinaus hatten die fünf Politiker*innen Gelegenheit, ihre wichtigsten Anliegen in einem kurzen Live-Statement auszuführen. Diese Statements finden Sie auf unserer Homepage [HH: Bildungspolitik aus Hamburg live \(2022-01\) \(ggg-web.de\)](#) .

In allen Interviews klang Zuversicht in die bildungspolitische Entwicklung der neuen Bundesregierung mit. Wir fanden es spannend, welch hohen Grad an Übereinstimmung es bei aller Unterschiedlichkeit gab.

Aber lesen Sie selbst.

Es grüßt Sie Ihr GGG-Landesvorstand



[SPD.DE](https://www.spd.de) / [GRUENE.DE](https://www.gruene.de) / [FDP.DE](https://www.fdp.de)

Mehr Fortschritt wagen - Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Präambel zum Punkt V des Koalitionsvertrages

Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang

Wir wollen allen Menschen **unabhängig von ihrer Herkunft beste Bildungschancen** bieten, **Teilhabe und Aufstieg ermöglichen** und durch inklusive Bildung sichern. Dazu stärken wir die **frühkindliche Bildung**, legen den Digitalpakt 2.0 auf und machen das BAföG elternunabhängiger und bauen es für die Förderung der beruflichen Weiterbildung aus. Kinder verdienen beste Bildung. Jedes Kind soll die gleichen Chancen haben. Diese Chancengleichheit ist aber noch lange nicht Realität. Wir wollen mehr Kinder aus der Armut holen, werden mit der Kindergrundsicherung bessere Chancen für Kinder und Jugendliche schaffen und konzentrieren uns auf die, die am meisten Unterstützung brauchen. **Kinder haben eigene Rechte**, die wir im **Grundgesetz** verankern wollen. Außerdem wollen wir den Kinderschutz stärken. Familien sind vielfältig. Sie sind überall dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, und brauchen Zeit und Anerkennung. Wir unterstützen Eltern dabei, Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter untereinander aufzuteilen. Förderleistungen wollen wir leichter zugänglich machen. Da der Rechtsrahmen für die vielfältigen Familien der gesellschaftlichen Wirklichkeit noch hinterherhinkt, wollen wir ihn modernisieren. Wir wollen selbstbestimmtes Leben für ältere Menschen unterstützen und den Zusammenhalt zwischen den Generationen fördern.

Wir haben mit den schulpolitischen Sprecher*innen der Hamburger Bürgerschaftsfraktionen folgende Fragen in Interviews erörtert:

1. **Wie interpretieren Sie die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen der neuen Ampelkoalition zu den Bereichen Bildung und Erziehung aus Ihrer Sicht?**
2. **Schule und Schulpolitik nach Corona: Wie geht es weiter?**
3. **Kinderarmut und Bildungsgerechtigkeit – was muss sich ändern?**



[Das Statement finden sie hier.](#)

Zu 1

Nils Hansen ist sehr zufrieden mit den Aussagen zum Bildungsbereich im Koalitionsvertrag und findet, dass es ein gutes Signal ist, dass die Ausgaben im Bildungsbereich steigen sollen und dass sie vor allem da ankommen sollen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Er begrüßt, dass das Geld nicht mit der Gießkanne ausgeschüttet werden soll und freut sich über die benannten Schwerpunkte frühkindliche Erziehung, Ganzttag, Digitalisierung und BAföG sowie das Programm Startchancen, das für ihn die sozialdemokratische Idee im Kern darstellt. Er weist darauf hin, dass z. B. in den Bereichen Ganzttag und Digitalisierung Hamburg schon wichtige Schritte gegangen ist und sieht es als gutes Signal an, dass der Digitalpakt nicht nur für die Neuanschaffung von Geräten gelte, sondern auch für die Wartung und Administration.

Beim Programm **Startchancen** hat er die Hoffnung, dass die Auswahl der Schulen in sozial schwieriger Lage nicht nach dem Länderproporz erfolgt, sondern nach dem tatsächlichen Bedarf. Davon würde Hamburg profitieren und nur eine Orientierung am tatsächlichen Bedarf stelle sicher, dass die Mittel wirklich dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

kommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Vorrangig kämen in Hamburg sicherlich die Schulen im 23+ - Programm in Frage, weitere Schulen sollten nach ähnlichen Kriterien ausgewählt werden.

Von der Einberufung eines **Bildungsgipfels** mit Bund, Ländern und Kommunen verspricht er sich gute Impulse. Dass das Abrufen der Bundesmittel einfacher werden soll, ist seiner Meinung nach dringend überfällig.

Er weist darauf hin, dass die Hamburger SPD bereits vor dem Koalitionsvertrag auf ihrem Landesparteitag beschlossen habe, Kinderrechte in die Verfassung aufzunehmen und verspricht sich davon große Auswirkungen in vielen Bereichen.

Zu 2

Bei der Entscheidung, wie die vom Bund kommenden Gelder für Fördermaßnahmen zur Coronahilfe sinnvoll eingesetzt werden sollen, sieht er die größte Expertise bei den Schulen selbst. Er weist auf die guten Erfahrungen mit der selbstverantworteten Schule in Hamburg hin und spricht sich dafür aus, den Schulen viele Freiheiten zu geben, weil die Schulen selbst am besten wissen, was ihre Schüler*innen brauchen und wo Kooperationen mit anderen Bildungsträgern sinnvoll sind. Damit die Maßnahmen gelingen können, müssten insbesondere weitere Stellen für die psychosoziale Betreuung der Schüler*innen zur Verfügung gestellt werden, weil auch nach seiner Einschätzung die psychosozialen Belastungen in den letzten zwei Jahren ein wesentlich größeres Problem darstellen als die Lernrückstände.

Für die weitere Digitalisierung im Schulbereich hätten die Maßnahmen in der Coronapandemie eine gute Grundlage geschaffen, indem Netze ausgebaut, Geräte angeschafft und Erfahrungen im digitalen Unterricht gemacht wurden. Jetzt gelte es, diese Chance zu nutzen, Unterricht, Lernumgebungen und Lernmaterialien neu zu entwickeln. Der Prozess müsse durch Lehrerfortbildung unterstützt werden und auf einem „Symposium Digitalität“ sollen Expertise zusammenkommen und eine längerfristige Perspektive entwickelt werden.

Zu 3

In der Coronapandemie habe sich nach seiner Einschätzung noch einmal deutlich gezeigt, dass es in Bezug auf Kinderarmut und gleiche Bildungschancen sehr unterschiedliche Voraussetzungen in der Stadt gebe. Hamburg habe mit den Kess-Faktoren, dem Ganzttag und der Sprachförderung schon viele Wege eingeschlagen, die gut und richtig seien, um hier entgegenzuwirken. Diese müssten weiterhin finanziell gestärkt werden.

Ihm sei es wichtig, dass Inklusion nicht nur als schulische Aufgabe, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen werde. In den Schulen sei Inklusion ein großes Thema, das er selbst als sehr herausfordernd ansehe. In allen Schulen und Klassen gebe es sehr spezielle Anforderungen, für deren Bewältigung die Schulen Freiheiten, Ressourcen und Möglichkeiten zum Gestalten erhalten müssen. Er sei ein Freund davon, die Umsetzung der Inklusion auf viele Schultern zu verteilen und auch Gymnasien mit einzubeziehen, habe aber im Moment keine Idee, wie man das angesichts des Elternwahlrechts, das auch ein hohes Gut sei, konkret erreichen könne.

Nils Hansen hat die Hoffnung, dass im Rahmen des Startchancen-Programms Schulen, in denen die Schüler*innen besonderen Rückenwind brauchen, durch Kreativlabore mit guten Lernumgebungen moderne Vorzeigeschulen werden. Damit könnte ein Beitrag zur Überwindung der Spaltung des Schulsystems geleistet werden.

Zu 1

Ivy May Müller gefällt der Abschnitt zur Bildung gut – anders als Teile des Gesamtvertrags, weil im Bildungskapitel viele Grüne Anliegen untergebracht werden konnten: Das Bottom-up-Prinzip der Schulpolitik finde bspw. im Bereich des Startchancenprogramms Raum, Schule werde als ein Ort gesehen, der sich verändere und dessen Veränderung von der Schule selbst mit entsprechender staatlicher Unterstützung am besten angestoßen werden könne. Der Verantwortungsspielraum der Schulen werde durch Extrabudgets für Schulentwicklung und für die spezifischen Herausforderungen der Einzelschule gestärkt.

Besonders freue sie sich über die Stärkung der Kinderrechte, Bildung werde vom Kind aus gedacht, Kinder werden als zu schützende Wesen und mit ihren Rechten gesehen.

Auch das **Startchancen-Programm** lobte sie: Der Bund wolle mit seinen eingeschränkten Möglichkeiten viel tun, um über einen Investitionsschub in den Ländern zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu kommen. Die „gerechte“ Verteilung der Mittel an die Bundesländer betrachte sie kritisch. Diese müsse eigentlich an sozialen Belangen – wie einem bundesweiten Sozialindex - orientiert werden, sie fürchte aber, dass die Verteilung alleinig über den Königssteiner Schlüssel erfolge. Das Verfahren einer Zuweisung über den Sozialindex habe sich in Hamburg ja bewährt und hätte gut bundesweit genutzt werden können.

Das **Kooperationsgebot** solle Hamburg nutzen, da man den Bund in Finanzierungsfragen brauche.

Die Nachfinanzierung des **Digitalpakts** begrüße sie als sinnigen Mindeststandard, der es ermögliche, die Administration zu finanzieren. Sie stehe für eine starke datensichere Digitalisierung. **Zugänglichkeit zu Digitalisierung müsse verstärkt werden, es dürfe aber keine ökonomisierte Digitalisierung sein. Sie sehe durchaus die Gefahr, dass Bildungseinrichtungen als ökonomischer Markt missbraucht werden könnten.**

Gewisse Zweifel habe sie, ob ihre Herzensangelegenheit – Bildung für nachhaltige Entwicklung - also eine Neuausrichtung des Bildungssystems im Sinne von zukunfts-gewandten Lerninhalten, -methoden und -strukturen -, die im Koalitionsvertrag nur sehr kurz gestreift werde, mit einer FDP-Ministerin vorangebracht werden könne. Sie fordert aber eben dies entschieden ein. Die Gefahr sehe sie auch für die Absicht, die Schulen nach außen weiter zu öffnen. Wenn die Öffnung aber nicht im Sinne von Erweiterung des Lern- und Lebensorts gemeint, sondern für Wirtschaft und Ökonomie gedacht sei, habe sie massiven Widerspruch.



[Das Statement finden sie hier.](#)

Zu 2

Corona und vor allem die neuen Erfahrungen mit Digitalisierung haben die Notwendigkeit des pädagogischen Wandels in einer so digitalisierten Welt überaus deutlich gemacht, wobei sie Digitalisierung des Unterrichtes nicht technisch (welche Hard- oder Software) verstehe. Aktuell gehe es aber vor allem um die Frage der Ausstattung, weniger um Pädagogik und Lernkultur.

Die Schulen seien jedoch derzeit mehrheitlich nicht in der Lage, diese große Herausforderung des grundlegenden pädagogischen Wandels zu gestalten, da sie ausschöpfend mit der Bewältigung des Alltags und der psychosozialen Folgeschäden ihrer Schüler*innen zu tun hätten. Derzeit stehe Beziehungsarbeit im Vordergrund. Viele hoch belastete Schüler*innen müssten erst einmal stabilisiert werden, bevor sie beispielsweise gut den fehlenden Matheunterricht der letzten Corona Jahre nachholen könnten. Für die Unterstützung der psychischen Gesundheit und der sozialen Bedürfnisse der Schüler*innen seien mehr Personal und Entlastung der Schüler*innen nötig.

Die Schulen bräuchten Zeit und Raum für die notwendige Schulentwicklung, es bedürfe kreativer Ideen, wie man gleichzeitig die Bewältigung der derzeitigen Lage und eine Zukunftsplanung hinkriegen könne.

Zu 3

Für sie stehen Kinderrechte, Bildungsgerechtigkeit und Inklusion in einem sehr engen Zusammenhang. Inklusion verstehe sie als maximale Heterogenität. Darauf müssten auch langfristig die Schulstrukturen ausgerichtet werden, das bilde sich im Status Quo der Bildungseinrichtungen derzeit nicht ab. Sie hätte sich entsprechende Impulse von Bundesebene gewünscht, fürchte aber, dass diese Fragen auch in der neuen Koalition, vor allem unter einem FDP-geführten Bildungsministerium, keine große Rolle spielen werden. Inklusion bedeute, individuelle Lernwege zu ermöglichen und deshalb auch Abstriche bei den vergleichenden Leistungsprinzipien zu machen. Hier sähe sie Potential in einem Bildungsgipfel, der sich diesem dauerhaft bestehendem Problem unseres Schulsystems zu Gunsten der Inklusion annehme.

Sie vermutet, dass für die Umsetzung dieser Riesenaufgabe noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte vergehen werden. In der Etablierung einer neuen Lernkultur, dem jahrgangsübergreifenden Lernen und dem Lernen im eigenen Takt sehe sie strukturelle Hebel für den Weg hin zu mehr Inklusion. Der individuelle Bildungsweg müsse im Vordergrund stehen. Das vorherrschende vergleichende Bildungsverständnis müsse überwunden werden.



[Das Statement finden sie hier.](#)

Zu 1

Anna von Treuenfels-Frowein freut sich besonders über drei Punkte im Koalitionsvertrag, die zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen werden. Erstens: das elternunabhängigere BaföG, als Schritt zu Selbstbestimmung und Bildungsgerechtigkeit, zweitens: die geplante Umwandlung des Kooperationsverbotes zu einem Kooperationsgebot, bei aller Befürwortung der Kulturhoheit der Länder könne hiermit eine effiziente sinnvolle Zusammenarbeit der Länder erreicht werden. Drittens: der geplante Bildungsgipfel unter Einbeziehung der Zivilbevölkerung. Sie erwarte, dass nicht nur „aus der Blase heraus“ geplant werde, sondern unter Einbeziehung des gebündelten Wissens von Praktiker*innen und Wissenschaft. Es seien z.B. unbedingt die Verbände, namentlich Elternverbände einzubeziehen. Bezogen auf den Digitalpakt 2.0 finde sie sehr positiv, dass Schulungen für Lehrer*innen geplant seien. Zudem halte sie die Umsetzung der Talentschulen für wichtig. Sie sei insgesamt zufrieden.

Das Startchancenprogramm mit den 4000 besonders zu fördernden Schulen gefalle ihr, weil es dazu beitragen könne, die Chancen von Kindern elternunabhängig zu fördern. Es müsse aber konkreter und später auch ausgeweitet werden; die Verteilung der Gelder müsse unbürokratisch ablaufen, sie fordere, dass die Umsetzung in Hamburg problemlos über die Bühne geht.

Sie habe die Übernahme der Kinderrechte ins Grundgesetz immer gefordert, da sei ihre Position glasklar. Besonders in der Coronakrise sei deutlich geworden, wie wichtig eine Stärkung der Kinderrechte sei. Zu klären sei nun, ob man sie auch in den Länderverfassungen festschreibe oder man sich bundesweit auf konkrete Rechte verständige.

Zu 2

Wie sich das schulische Lernen verändern solle, müsse nach Schulform betrachtet werden. Die Digitalisierung spiele eine riesige Rolle, sie sei nicht nur eine Hard- und Softwarefrage, sondern auch eine des geschulten Lehrpersonals, weil sich damit große Chancen zur Förderung des einzelnen Kindes ergäben. So können Lehrer*innen weg vom Frontalunterricht zu Lernbegleiter*innen werden. Besonders in den Grundschulen sei deutlich geworden, wie wichtig der Präsenzunterricht für die Kinder sei. Das sei auch eine Frage der Kinderrechte. Eltern könnten nicht die Lehrer*innen ihrer Kinder sein. Das System Schule müsse flexibler werden, indem in der Coronakrise auch außerschulische Lernorte genutzt und alles dafür getan werde, einen guten Bildungsstand zu erhalten. Zentral dafür sei auch die Aufarbeitung der Lernrückstände. Derzeit müsse viel Stoff vermittelt werden, es dürfe nicht sein, dass wir heute „Corona-Jahrgänge“ erzeugen. Klar sei aber auch, dass man aufs Schwerste belastete Kinder nicht einfach mit Lernstoff überfrachten könne. Für die Aufarbeitung psychischer Folgeschäden brauche man sehr viele Sozialpädagog*innen.

Zu 3

Der Zusammenhang von Bildungserfolg und Herkunft müsse auch durch einen Investitionsschub gebrochen werden. Dazu gehöre auch die Inklusion. Sie finde im Koalitionsvertrag nur indirekten Eingang. Auch in Hamburg scheine das Thema vergessen, man lasse die Stadtteilschule damit allein.

Die Einigung im Rahmen der „Initiative Gute Inklusion“ sei zu dünn gewesen, es brauche dringend mehr Personal und höhere Qualitätsstandards. **Bei der gleichzeitigen Einführung des Rechtes auf Inklusion zusammen mit der Umwandlung des Hamburger Schulsystems zur Zweigliedrigkeit habe man nicht bedacht und geplant, wie die Inklusion im zweigliedrigen Schulwesen gesteuert werden könne.** Die zu großen Teilen gut funktionierenden Gesamt- und Förderschulen wurden viel zu früh einfach aufgelöst. Darunter leiden das System und damit alle Beteiligten heute aktuell. Das gegliederte Schulwesen müsse jedoch erhalten werden. Gymnasien könnten nicht zur Inklusion aller Formen verpflichtet werden. Man könne nicht aus dem Recht auf Inklusion eine Verpflichtung für die Schule ableiten, denn wenn die Umsetzung nicht gelänge, würde man nur das nächste Chaos anzetteln.

Zu 1

Der Tag der Bildung – es gebe keinen besseren Tag als den heutigen für ein Interview, so Birgit Stöver einleitend. Aus ihrer Sicht finden sich in dem Koalitionsvertrag eine ganze Reihe positiver Ansätze, darunter viele, die die CDU in ihrem Wahlprogramm gefordert habe. So begrüßt Frau Stöver die Steigerung der Bildungsausgaben, da sie angesichts der anstehenden Aufgaben wie z.B. Klimaschutz bei Einhaltung der Schuldenbremse die Sorge gehabt habe, dass die Bildung hätte „hinten runterfallen“ können. Es bleibe abzuwarten, was und wieviel bei unklarer Finanzierung tatsächlich in den Ländern ankommen werde.

Die beabsichtigte Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern hält Birgit Stöver im Grundsatz für richtig, weist allerdings auf die notwendige Anpassung des gesetzlichen Rahmens hin. Für Hamburg sei das Startchancen-Programm besonders wichtig. Schulen in sozialen Problemlagen sollten gezielt unterstützt werden, wenn wir Bildungsbenachteiligung ausgleichen wollen.

Die CDU sehe auch einen Schwerpunkt in der Stärkung der frühkindlichen Bildung. Darüber hinaus seien im Koalitionsvertrag allerdings wenig Innovationen erkennbar. Es fehle (entgegen der Forderung der CDU Hamburg) der Blick auf die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Kita beispielsweise im Sinne eines Bildungshauses oder die Weiterentwicklung der Diagnostik. Sie vermisse Aussagen zur Inklusion sowie zur notwendigen Verbesserung der Basiskompetenzen im Sinne von Lesen, Schreiben, Rechnen.

Zu 2

Egal wie lange die Pandemie anhalte, müsse man unbedingt dafür sorgen, dass der Präsenzunterricht aufrechterhalten werde, da die Bindung zwischen Lehrer*innen und Schüler*innen sehr wichtig sei.

Es gebe Kinder, die mit großen Defiziten aus der Zeit der Schulschließung zurückgekommen seien, andere hätten sogar von den besonderen Lernformen oder den digitalen Angeboten profitiert und insbesondere im Bereich des selbstständigen Lernens deutlich dazugelernt. Man werde sich insgesamt über den digitalen Anteil im Unterricht Gedanken machen müssen. Die CDU rechne sich dabei zu, dass sie die „rechtlichen Grundlagen für einen rechts-sicheren und datenschutzkonformen Distanzunterricht“ geschaffen habe. Das sollte man weiter nutzen. Ebenfalls brauche es eine verifizierte Erfassung der coronabedingten Defizite, aber auch Konzepte zur Aufarbeitung der Lernrückstände.

Den Einsatz des Hamburger Anteils aus dem positiven Zwei-Milliarden-Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ beurteile sie entsprechend kritisch. Einerseits gäbe es eine Konzentration auf die 4. Klassen, andererseits viele kleinteilige Programme, so dass Hamburg den roten Faden für alle Klassenstufen vermissen lasse. Auch der Blick auf die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler sollte nicht fehlen. Mit systematischer Evaluation könnten die fortzusetzenden Lernferien an Effektivität gewinnen. Wichtig sei der gezielte Einsatz der zweiten Milliarde für außerschulische Aktivitäten, um den mit der Pandemie verbundenen psychischen Schädigungen zu begegnen.

**Zu 3**

Chancengerechtigkeit statt -gleichheit – das sei, so Birgit Stöver, der richtige Ansatz. Es sei ein von der CDU geführter Senat gewesen, der die Bildungswende eingeleitet habe und vom Gießkannenprinzip zu einer zielgenaueren Ressourcensteuerung übergegangen sei. Diese systematische Steuerung müsse man auch bundesweit stärker ausbauen. Denn leider bestimme immer noch das Elternhaus über die Bildungschancen. Daher sei es richtig, sozial benachteiligte Schulen bei der Ausstattung insbesondere im Hinblick auf die Lehrerressource gezielt zu unterstützen. Dabei sei Sprache ein wichtiger Baustein für Bildung, wenn nicht sogar der wichtigste Faktor für die schulische Integration.

Über die Ressourcensteuerung hinaus sehe die CDU einen wichtigen Ansatzpunkt für mehr Bildungsgerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung. Daher habe sie ein Grundschulkonzept vorgelegt, das folgende Maßnahmen beinhalte: Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung, Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Kita im Sinne eines Bildungshauses, die flexible Grundschule in einem Schulver-

[Das Statement finden sie hier.](#)

such erproben, den Übergang auf eine weiterführende Schule an Eingangsvoraussetzungen knüpfen, die Verzahnung von Vor- und Nachmittag in der Ganztagschule (Bündelung in einer Behörde) sowie eine qualitative Weiterentwicklung der Nachmittagsbetreuung, früh und zielgerichtet Leistungsstände (Stichwort „Response-To-Intervention“) ermitteln und nicht zuletzt eine Ausbildungs- und Fortbildungsoffensive gerade im Elementar- und Primarbereich. Aber auch an den weiterbildenden Schulen sei die Diagnostik zu verbessern, Förderangebote an Stadtteilschulen seien auszubauen und freiwillige Klassenwiederholungen sollten wieder leichter möglich sein.

Zu 1

Sabine Boeddinghaus meint, es gebe einige positive Signale: Die Aufnahme der Kindergrundsicherung in den Koalitionsvertrag zum Beispiel werde Einfluss auf die Frage nach Kinderarmut und Bildungsgerechtigkeit haben, denn Kinderarmut sei auch Armut der Eltern. Im Vagen bleibe allerdings die Höhe der Kindergrundsicherung. Auch der Einzug der Kinderrechte in das Grundgesetz sei ein wichtiges Zeichen; auch wenn offen bleibe, wie das politisch umgesetzt werden wird.

Sabine Boeddinghaus begrüßt die Festlegung auf Durchführung eines Bildungsgipfels. Denn zurzeit kämen - die Pandemie mache es deutlich - die Mitspracherechte in Schulen als demokratisches Element zu kurz. Die Linken hätten schon mehrfach gefordert, dass eine Bund-Länder-Gruppe zur gemeinsamen Besprechung von Bildungsaufgaben einzurichten sei. Bildung als Gemeinschaftsaufgabe solle im Grundgesetz festgeschrieben werden. Im Koalitionsvertrag bliebe allerdings offen, woher das Geld für die angestrebten Erhöhungen im Haushalt kommen solle.

Selbst die Konkretisierung auf „4000 plus 4000 Schulen“, die gefördert werden sollen, sei zwar ein guter Schritt; als Blaupause diene hier wohl das Modell der D23-Schulen in Hamburg. Aber auch hier blieben Fragen unbeantwortet: Kommt das Geld vom Bund? Wie werden die Schulen ausgewählt? Grundsätzlich sei zu wenig reflektiert worden, wie alle Schulen zu inklusiven und demokratischen Schulen weiterentwickelt werden könnten. Im Vertrag zeige sich kein ausgeprägtes Bewusstsein für die Umsetzung der UN-Konvention zur Förderung von Inklusion vor dem Hintergrund der bestehenden Bildungs-Ungerechtigkeit. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, die Qualität des Ganztages zu verbessern und einen Qualitätsrahmen zu setzen. Die Arbeitnehmerüberlassung sei ein wichtiger Punkt, der der Klärung bedarf.

Zu 2

Bei der Frage, welche Schlüsse zur Gestaltung von Schule aus der Pandemie zu ziehen seien, fordern die Linken eine deutliche Akzentuierung: Die Weiterentwicklung von Schule müsse noch stärker an inhaltliche Maßstäbe wie Inklusion und die Wertschätzung von jungen Menschen gebunden sein. Kindergrundsicherung, Digitalisierung, angepasste hybride Lehr-Lern-Konzepte für die unterschiedlichen Altersgruppen der Schüler*innen und die Öffnung von Schulen zu anderen Orten, wo gelernt werden kann, wie zum Beispiel in Museen und Theatern und auch die Einbeziehung von Kulturschaffenden böten hinreichend Anknüpfungspunkte zur Qualitätssteigerung während der Corona-Zeit. Viele dieser Möglichkeiten habe der Schulsenator in Hamburg allerdings nicht genutzt, sondern auf ein Weiter-Wie-Bisher gesetzt. Maske tragen, Lüften, Stundenplan einhalten, Schulschließungen: Die Schulen hätten wegen signalisierter Belastung deutlich weiterführende pädagogische Konzepte und mehr Unterstützung vonseiten der Politik gebraucht!

Die Implementierung eines Bildungsrates, damit einhergehend die Einbeziehung von Elternverbänden und Schüler*innen-Vertretungen, könnten die wichtigen Fragen klären, die bisher unbeantwortet seien: Wie unterstützt Digitalisierung individuelles Lernen? In welcher Weise sollen beispielsweise „Lernplattformen“ mit nicht nur technischen Aspekten, sondern auch pädagogischen an welchen und wie ausgewählten Schulen über einen Austausch zwischen Bund und Ländern entwickelt und finanziert werden?

Zu 3

Grundvoraussetzung für mehr Bildungsgerechtigkeit sei, dass alle Schule inklusiv werden, Heterogenität und Vielfalt müssten endlich wahrgenommen werden. Außerdem müssten die Kindergrundsicherung und transparente Stadtentwicklung mit Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gekoppelt ressortübergreifend die Bildungspolitik unterstützen. Schule sollte auch als Ort für Familienberatung und Jugendhilfe organisiert werden, wenn die UN-Behindertenkonvention ernst genommen und Inklusion als etwas Gesamtgesellschaftliches betrachtet würde. **Individuelle Förderpläne und multiprofessionelle Teams zur Entwicklung von Perspektiven für ein erfolgreiches Lernen für alle Schüler*innen würden endlich dazu beitragen, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Dieser Ansatz fehle im Koalitionsvertrag. Das Koalitionspapier sei nicht geeignet, die Spaltung unseres Schulsystems zu überwinden.**



[Das Statement finden sie hier.](#)

Die am 21.11.2021 geplante Bundesarbeitstagung und die Mitgliederversammlung wurde wegen der Entwicklung des Covid-9-Geschehens abgesagt.

Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Bundesvorstandes

Sonnabend, 22. Januar 2022, 10.00 Uhr

Die Mitgliederversammlung findet online statt.

Alle GGG-Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Wir bitten Sie, sich für die Mitgliederversammlung auch dann (erneut) anzumelden, wenn Sie bereits den ursprünglichen Termin (20.11.2021) wahrnehmen wollten. Sie vereinfachen uns damit die Organisationsarbeit. Anmelden können Sie sich bis 21.01.22 auf unserer Website: <http://www.ggg-web.de>

7 gute Gründe für Ihre Mitgliedschaft

Hier finden Sie das Aufnahme-
formular: www.ggg-web.de

**Werden Sie noch heute
persönliches oder
korporatives
Mitglied bei uns!**

In eigener Sache

Sie erhalten unseren Newsletter regelmäßig, weil Sie an Hamburger Schulpolitik interessiert sind. Sicher kennen Sie Kolleg*innen oder Eltern, die ebenfalls Interesse haben. Aber diese kennen den Verband der **Schulen des gemeinsamen Lernens—GGG** nicht. Leiten Sie doch bitte den Newsletter weiter. Mit einem Klick auf den Icon kann man sich unproblematisch anmelden. Wir würden uns freuen, weiteren Interessierten unsere Informationen senden zu können.



Kennen Sie schon unsere Website? Schauen Sie doch mal rein.

Hamburg: www.hh.ggg-web.de

Bund: <http://www.ggg-web.de>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, [klicken Sie bitte hier](#)

Fragen oder Kommentare? Schicken Sie uns eine E-mail info.hh@ggg-web.de